

Die SRG-Redaktionen dürfen nicht bevormundet werden

Nationalrat Christoph Mörgeli fordert, dass die obersten Instanzen der SRG künftig vom Parlament gewählt werden sollen und der Generaldirektor direkt von der wählerstärksten Partei gestellt werde. Damit würde die SRG vermehrt unter parteipolitischen Einfluss kommen und die Gefahr wäre gross, dass das Parlament die journalistische Freiheit und Unabhängigkeit der SRG einschränken könnte.

Ist diese Angst ein Hirngespinnst? Nein, das zeigt ein Blick in die Nachbarstaaten. In Österreich versuchen sich die Parteien von links bis rechts schamlos Schlüsselstellen im ORF zu angeln. Dies hat im vergangenen Jahr zu einem massiven Protest der unabhängigen (!) Mitarbeitenden geführt, sogar direkt auf den Sendern. Und in Deutschland hat Ende März das Verfassungsgericht verfügt, dass die Zahl der Parteidelegierten in den Aufsichtsgremien von ARD und ZDF massiv verkleinert werden müsse. Das war eine Reaktion auf die politisch motivierte Abwahl des ZDF-Intendanten vor einigen Jahren.

In der Schweiz hat die jüngste Debatte zur RTVG-Revision gezeigt, dass kaum jemand ein staatsabhängiges Radio oder Fernsehen wünscht. Auch die Medienministerin Doris Leuthard und die Sprecher verschiedener Parteien haben glaubhaft davor gewarnt. Das ist gut so und entspricht einer Tradition: Es ist mir kein Fall bekannt, bei welchem Redaktorinnen und Redaktoren der SRG sich durch Staatsorgane hätten Vorgaben machen lassen.

Die Situation in den Nachbarländern zeigt, dass der Vorstoss des Provokateurs Mörgeli dennoch ernst zu nehmen ist. Die Unabhängigkeit der SRG-Redaktionen muss immer wieder abgesichert und überprüft werden – wie es Verfassung und Gesetz übrigens verlangen.

Dass ausgerechnet die SVP einen stärkeren Einfluss des politischen Systems und damit des Staates auf Medien verlangt, scheint fast schon zynisch. Aber ärgerlich finde ich auch, wenn Kollegen aus der schreibenden Zunft ihren Kollegen der SRG-Redaktionen «Hofjournalismus» («SonntagsZeitung») zugunsten des Bundesrats vorwerfen oder von «Staatsfernsehen» und «Staatsradio» schreiben, ohne dies auch nur annähernd belegen zu können.

Unabhängigkeit und Pressefreiheit sind zu wichtige Güter, um damit Polemik zu betreiben.